



POLITIK FÜR EUROPA

Regionale Identität.
Europäische Vernetzung.
Dynamische Wirtschaft.

UND THÜRINGEN

3 | 2015

Dies ist nun die dritte Publikation in der Informationsreihe **Politik für Europa und Thüringen** des Landesbüros Thüringen der Friedrich-Ebert-Stiftung. Drei- bis viermal im Jahr wollen wir darin aktuelle europapolitische Themen aufgreifen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Freistaat Thüringen.

Thüringen profitiert als Region im Herzen Europas in besonderem Maße von der Freizügigkeit der Bürger_innen, von der wirtschaftlichen Freiheit des Binnenmarktes und von der politischen Stabilität der nachhaltigsten Friedensordnung in der Geschichte unseres Kontinents. Thüringen hat deshalb ein ureigenes Interesse daran, die Zukunft Europas mitzugestalten. Mit unserer Informationsreihe und unseren Veranstaltungen möchten wir einen Beitrag dazu leisten, das richtige Mittelmaß zwischen europäischer Vernetzung und dem Erhalt der regionalen Identität zu finden. In dieser Ausgabe liegt der thematische Schwerpunkt auf der aktuellen Situation und den Zukunftsaussichten Griechenlands nach den Parlamentswahlen im Januar 2015.

Christos Katsioulis

Griechenland: Reformen als Unwort?

Mit seinem Koalitionspartner dürfte es Alexis Tsipras schwer fallen, Freiheit, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt zu stellen.

Der neugewählte griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras (links neben EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker) jagt alteingesessenen Parteien Angst und Schrecken ein. Seine Botschaft im krisengebeutelten Griechenland besteht aus zwei Kernaspekten: Erstens dem Ende der Fremdherrschaft durch Troika, Europa und Merkel und zweitens aus dem Versprechen der sozialen Gerechtigkeit. Im Kern geht es um Freiheit (von fremdem Einfluss), Gleichheit (aller Europäer in Europa) und um soziale Gerechtigkeit.



Wilderer in sozialdemokratischen Jagdgründen

Tsipras verkörpert einen neuen Politikertypus, der in Südeuropa zunehmend häufiger anzutreffen ist. Jung, smart und dynamisch, greift er die von links an und wildert tief in den klassischen Jagdgründen der europäischen Sozialdemokratie. Seinen ersten stolzen Zwölfender hat er auch schon an der Wand hängen: die langjährige griechische Regierungspartei PASOK existiert nur noch als Splitterpartei. Ihre 44 Prozent von 2009 sind längst Geschichte. Der ehemalige Ministerpräsident Georgios Papandreou hat es noch nicht einmal mehr ins Parlament geschafft. Tsipras wird Ministerpräsident und zum ersten Mal seit 1928 wird kein Mitglied der Familie Papandreou mehr im Parlament sitzen.

Tsipras droht, in den dunklen Wald der Links- und Rechtspopulisten in Europa abzudriften. Auch sein neues Jagdrevier hat Tsipras bereits abgesteckt: Europa soll es sein, darunter macht es der ehemalige Spitzenkandidat der europäischen Linken nicht mehr. „Griechenland geht voran – Europa verändert sich“, lautete sein Slogan im Wahlkampf. Damit reiht er sich in eine etwas disparate Gruppe junger Wilder ein, die ebenfalls entweder dorthin unterwegs oder bereits angekommen sind. Matteo Renzi, der italienische Ministerpräsident ist, wenn auch kein Parteifreund, dann doch Bruder im Geist. Manuel Valls, der französische Premier, wäre ebenfalls ein passendes Mitglied der roten Boygroup. Allerdings ist er durch die tragende Rolle Frankreichs ein wenig gehemmt. Beide sind zwar im Lager der Sozialdemokraten verortet, sor-





gen aber von Innen für Unruhe. Und dann ist da noch Pablo Iglesias, der Podemos-Vorsitzende aus Spanien. Er ist Freund und Parteigenosse von Tsipras, der seiner heimischen Sozialdemokratie ebenfalls den Kampf angesagt hat. Schon im Herbst will er das Halali auf die stolze Partei von Felipe Gonzalez anstimmen.

Alexis Tsipras sieht sich selbst als Vorreiter dieser jungen Wilden und muss nun auch vorlegen. Er ist nun Ministerpräsident des europäischen Krisenstaates par excellence.

Und doch findet er dort bessere Bedingungen vor, als seine beiden Vorgänger Samaras und Papandreou. Der Haushalt ist vor Schuldendienst ausgeglichen.

Die beiden ehemaligen Volksparteien haben die tiefsten Spareinschnitte auf sich genommen und damit dem jungen Linken das Feld bestellt. Daher kann Tsipras nun eine Diskussion aufgreifen, die europäische Sozialdemokraten zu Beginn der Eurokrise einmal zaghaft begonnen hatten, dann aber aus Angst vor unpopulären Maßnahmen schnell

INTERVIEW Jakob von Weizsäcker mit Eva Kaili

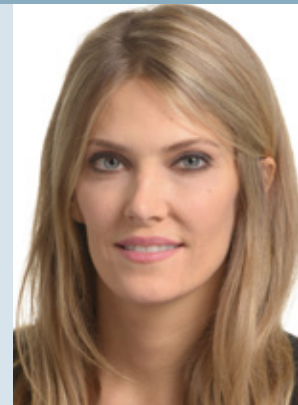


Jakob von Weizsäcker, MdEP

Abgeordneter des Europäischen Parlaments, Studium der Volkswirtschaftslehre und Physik in Bonn, Lyon und Paris, ehemals in der Weltbank in Washington D.C. und Duschambe, Denkfabrik BRUEGEL, sowie als Abteilungsleiter für Wirtschaftspolitik und Tourismus im Thüringer Wirtschaftsministerium tätig.

Eva Kaili, MdEP

Seit 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments für Griechenland. Dort gehört sie für die Sozialdemokraten dem Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, sowie als stellvertretendes Mitglied dem Ausschuss für Wirtschaft und Währung an. Zuvor war sie unter anderem Mitglied des griechischen Parlaments und arbeitete als Nachrichtensprecherin bei einem großen TV-Sender.



Griechenland ist seit Jahren in einer schweren Krise, mit einer Arbeitslosenquote von über 25 Prozent und einer Jugendarbeitslosenquote von knapp 50 Prozent. Wie wirkt sich das im Alltag aus?

Diese Zahlen sollten um eine noch verheerendere ergänzt werden: in den letzten fünf Jahren ging das BIP um 22 Prozent zurück. Diese Entwicklung ist eher typisch für ein Land im Krieg. 60 Prozent der griechischen Bevölkerung leben an oder unterhalb der Armutsgrenze während 300.000 Haushalte ihre Lebensmittel von Kirchen und Wohltätigkeitsorganisationen beziehen müssen. Das größte Problem ist die fehlende Hoffnung für die Zukunft. Jeder sollte diese Fakten ernsthaft berücksichtigen, wenn politische und wirtschaftliche Entscheidungen zu Griechenland getroffen werden.

Den alten politischen Eliten, darunter auch der griechischen Sozialdemokratie, traut die griechische Bevölkerung die Lösung der Probleme nicht mehr zu. Wie erklären Sie das?

Hierfür gibt es keine einfache Antwort. Die griechische Sozialdemokratie hat einst die vollständige Verantwortung für den Umgang mit der Krise übernommen – durch die Stabilisierung der Situation, die Schaffung von institutionellen Lösungsmöglichkeiten und, unter zeitlichem Druck, der Verhandlung des größten Rettungsprogrammes in der Geschichte. Dieser Prozess hatte jedoch Folgen. Die harsche und wirtschaftlich zerstörerische Austeritätspolitik hat die griechische Bevölkerung erschöpft – besonders die Ärmsten, und die Träume der jungen Generation gestohlen. Die Menschen verbinden den Verlust an eigener Lebensqualität mit der Sozialdemokratischen Partei. Die

radikalen Linken und Rechten nutzten diese Stimmung und die öffentliche Unzufriedenheit aus. Ich glaube daran, dass sich die Stimmung wieder ändert, sobald die Menschen die Unehrlichkeit und die unverantwortliche populistische Propaganda in der Rhetorik der radikalen Kräfte erkennen.

Wie kann Griechenland auf einen Wachstumskurs zurückfinden?

Ich glaube nicht, dass wir nur Wachstum benötigen. Wir brauchen ein inklusives Wachstum das nicht nur Jobs schafft sondern gleichzeitig die Armut bekämpft. Austerität schadet bei der Erreichung dieser Ziele. Anstatt zu sinken, steigt die staatliche Schuldenquote; Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität werden behindert. Wir haben genug von der Austeritätspolitik. Sie hat nicht für die versprochenen makroökonomischen Erfolge gesorgt. Auch die Notwendigkeit von Primärüberschüssen im Haushalt muss überdacht werden. Griechenland benötigt finanziellen Spielraum. Um diesen zu schaffen, muss Griechenland den strengen Konsolidierungskurs verlassen und es der Realwirtschaft, welche Wohlstand schafft, erlauben zu „atmen“. Die geforderten Überschüsse der Regierung sind gleichzeitig katastrophale Defizite für die Realwirtschaft.

Welche Reformschritte braucht Griechenland dazu und wird die neue griechische Regierung diese Reformen hinbekommen?

Wir brauchen mehr Vernunft in unserer Wirtschaft. Zuerst muss die öffentliche Verwaltung effizienter gestaltet werden. Zweitens muss das Verhältnis zwischen dem Staat und seinen Bürgern verbessert werden. Drittens müssen Eingriffe in die Real-



wieder fallen ließen: Schuldenschnitte oder Streckungsmodelle, öffentliche Wachstumsinitiativen à la Marshallplan oder Sparprogramme, Vermögensabgaben statt Arbeitsmarktliberalisierung. Für Europa ist dies eine wichtige und notwendige Debatte und die positiven Reaktionen auf den Wahlsieg von Tsipras aus Brüssel haben deutlich gemacht, dass sie nun wieder aufgenommen wird.

wirtschaft vernünftig gestaltet werden, indem Steuerstandards und das instabile Steuersystem verbessert sowie finanzielle Anreize für Unternehmer und Investoren zur Aktivierung ihrer Potenziale für die Wirtschaft geschaffen werden.

Braucht Griechenland ab Sommer 2015 ein weiteres Rettungspaket, und falls ja, wie sollten die Bedingungen für dieses Rettungspaket aussehen?

Der Plan der vorherigen Regierung für Griechenland war die schrittweise Rückkehr zur finanziellen Normalität. Angedacht waren der Abschluss des vereinbarten Rettungsprogramms und anschließend eine graduelle Rückkehr zu einer eigenständigen Finanzierung an den Märkten mit zwei vorbeugenden Kreditlinien, den sogenannten ECCL und PCL. Die Handlungen der neugewählten Regierung machen diese schrittweise Rückkehr zur Normalität allerdings unmöglich. Ich befürchte, dass wir im Juni ein neues Rettungspaket brauchen werden.

Braucht Griechenland nach 2011 einen erneuten Schuldenschnitt?

Hier kann man keine Prognose abgeben. Technisch gesehen hat Griechenland die am besten strukturierten Staatsschulden in der EU. Griechenland hat, im Gegensatz zur einhelligen Wahrnehmung, nicht ein Schulden- sondern ein Defizitproblem. Das ist der Grund warum die vorherige Regierung dringend eine Studie zu Schuldenbelastbarkeit gefordert hat. Auf meine Nachfrage gab der Eurogruppenvorsitzende Jeroen Dijsselbloem an, dass eine solche Studie mit Abschluss des gegenwärtigen Programms veröffentlicht wird. Wir warten die Ergebnisse der Studie ab und sehen dann ob wir einen weiteren Schuldenschnitt benötigen. Aber ich muss auch daran erinnern, dass die Entscheidung der Eurogruppe von 2012 bereits eine Schuldenschnitt-Klausel beinhaltet – als Ergebnis der Verhandlung rund um den Einbezug privater Schuldner.

In den vergangenen Wochen haben viele griechischen Sparer ihre Konten geleert, auch aus Angst vor einem Austritt Griechenlands aus dem Euro. Was muss geschehen, damit griechische Sparer und auch ausländische Geldgeber wieder Vertrauen entwickeln können?

Der aggressive politische Umgangston, der aus Griechenland und Brüssel kommt, muss überwunden werden. Diese dauernden Überraschungen werden von Märkten, Investoren und Sparern gehasst. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir diese Anschul-

Aber Alexis Tsipras kann diese Debatte nur dann aus einer starken Position heraus führen, wenn er seine Hausaufgaben macht. Dazu gehört auch, ein griechisches Reformprogramm auf den Weg zu bringen. Denn nur dann ist Griechenland als Ökonomie und auch als Gesellschaft in der Lage, eine Schuldenrestrukturierung oder öffentliche Wachstumsimpulse in Wachstum und Arbeitsplätze umzusetzen. Die Vergangenheit bis 2010 hat gezeigt, dass europäische Gelder an Griechenland dort oft in einem Morast aus Kor-



digungen begrenzen müssen. Sie führen erstens nicht zu messbaren Ergebnissen und zweitens hat sich bereits gezeigt, dass deren Auswirkungen auf die Märkte nicht zu kontrollieren sind.

Wie kann man dafür sorgen, dass die großen Vermögen in Griechenland in Zukunft ihren fairen Anteil zur Verbesserung der Staatsfinanzen und zur Überwindung der Krise beitragen?

Steuervermeidung und Steuerhinterziehung haben einen enormen Einfluss auf die öffentlichen Finanzen in Griechenland. Vorherige Regierungen haben vieles getan um das Problem zu lösen, allerdings nur mit überschaubarem Erfolg. Dies bleibt also auch für die neue Regierung eine große zu lösende Frage. Wir als Sozialdemokraten unterstützen den Kampf gegen diese unsozialen Praktiken. Wir unterstützen ebenso die Initiative der S&D-Fraktion im Europaparlament, klare Prioritäten festzulegen und einen genauen Zeitplan zum Erreichen von Ergebnissen im Kampf gegen Steuervermeidung und -hinterziehung aufzustellen. Diese Initiativen werden auch von Kommissionspräsident Juncker unterstützt – ein Beleg für die bestehende Kooperation in der EU bei diesem Thema.

Wie wird in einer solchen Krisensituation ein menschenwürdiger Umgang mit den Schwächsten der Gesellschaft sichergestellt, einschließlich der Migranten?

Dies ist ein sehr schwieriges Problem. Griechenland steht seit einigen Jahren vor einer humanitären Krise. Die gefährliche Situation wird dadurch zugespitzt, dass Griechenland für Migranten aus Asien und dem Nahen Osten das Tor zu Europa ist. Griechenland kann leider nicht in diesem großen Maße Hilfe leisten. Große Anstrengungen werden unternommen soziale Sicherheit zu schaffen; jedoch ist unter den aktuellen Austeritätsbedingungen jeder Versuch die Lebensbindungen der Menschen zu verbessern aufgrund der inhumanen Härte Berlins zum Scheitern verurteilt. Ich glaube, das Scheitern der Austeritätsmaßnahmen ist jetzt offensichtlicher als jemals zuvor und die Sichtweise der deutschen Politik auf dieses Thema nicht mehr dominant. Das wird Griechenland erlauben die sozialen Sicherheitsnetze auf ein notwendiges Maß zu stärken und somit die Lebensqualität der Bürger auf eine humane Ebene zu bringen.

Wo sehen Sie Griechenland in 10 Jahren?

Ich sehe Griechenland als ein starkes, wettbewerbsfähiges und produktives Mitglied im Herzen der europäischen Familie.



ruption, Verschwendung und Fehlallokation versickert sind. Die Hauptgründe dafür lagen und liegen noch heute in der öffentlichen Verwaltung, der Steuerung der europäischen Mittel sowie den lokalen Strukturen. Das am Wahlabend groß in Athen verkündete „griechische Reformprogramm“ von Alexis Tsipras muss diese Missstände beseitigen. Und das ist auch das größte Hindernis auf seinem Weg in die europäischen Jagdgründe. Denn mit den Rechtspopulisten der „Unabhängigen Griechen“ um Panos Kammenos hat er sich einen Partner in die Regierung geholt, mit dem man sich nur schwer eine Politik vorstellen kann, die Freiheit, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt. Ihre Existenzgrundlage ist die Gegnerschaft zum Memorandum.

Die eher bizarre kleine Partei kann daher zwar mit Verschwörungstheorien, antideutschen Parolen und migrationsfeindlichen Äußerungen punkten, konstruktive Vorschläge für eine sozial ausgewogene Politik oder auch eine kluge europäische Verhandlungsstrategie findet man kaum. Mit diesem Jagdgeliebten wird es Tsipras schwer fallen, die europäische Sozialdemokratie anzugehen. Stattdessen droht er damit, in den dunklen Wald der Links- und Rechtspopulisten in Europa abzudriften. Dort wird er schon sehnelich erwartet: Marine le Pen hat seinen Sieg als Anfang vom Ende Europas begrüßt. Sie wird sich freuen, ihn jetzt in Begleitung von alten Bekannten der französischen Rechtspopulisten anzutreffen.

Von: Christos Katsioulis ipg-journal.de
Veröffentlicht am 25.01.2015

Lesetipps

Michael Ehrke (02/2015) Madrid: **Von Griechenland lernen heißt siegen lernen.** Wie Podemos das spanische Parteiensystem aufmischt, <http://www.ipg-journal.de/rubriken/soziale-demokratie/artikel/von-griechenland-lernen-heisst-siegen-lernen-776/>

Frank Hoffer (02/2015) Genf: **Griechenlandkrise: Die Trümpfe liegen in Berlin.** Nicht nur die griechischen Wähler, auch die wirtschaftliche Realität verlangt einen Politikwechsel, <http://www.ipg-journal.de/rubriken/europaeische-integration/artikel/griechenlandkrise-die-truempe-liegen-in-berlin-761/>

Frank Hoffer (02/2015) Genf: **Genug vom illusorischen Dogmatismus gegenüber Griechenland.** Ein „Weiter so“ basiert auf Realitätsverweigerung, <http://www.ipg-journal.de/rubriken/europaeische-integration/artikel/genug-vom-illusorischen-dogmatismus-gegenueber-griechenland-784/>

Christos Katsioulis (01/2015) Athen: **„Deutlich weniger radikal“.** Christos Katsioulis in Athen über das Schreckgespenst SYRIZA und den Tiefpunkt der PASOK, <http://www.ipg-journal.de/kurzinterview/artikel/deutlich-weniger-radikal-728/>

